



Professor Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty, geboren 1940 in Düsseldorf, studierte Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft an den Universitäten Köln und Freiburg im Breisgau. 1965 wurde er Wissenschaftlicher Assistent bei Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Müller-Armack und 1969 Wissenschaftlicher Referent für allgemeine Wirtschaftspolitik und internationale Währungspolitik bei der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Nach seiner Habilitation wurde er 1976 Wissenschaftlicher Rat und Professor für Wirtschaftspolitik an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1983 ist er Ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Tübingen. Gastprofessuren führten ihn an die University of Washington, Seattle sowie an die Doshisha-Universität Kyoto. Seit 1986 ist er Mitglied der Tübinger Forschergruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Internationale Wirtschaftsordnung“ und seit 1991 Vorsitzender des Vorstands und des Wissenschaftlichen Beirats der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. 1991/93 war er Mitglied des Gründungssenats und Vorsitzender der Gründungskommission „Wirtschaftswissenschaft“ der wiedergegründeten Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, deren Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät ihm 1995 die Ehrendoktorwürde verlieh. 2003 wurde ihm durch die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft die Alexander Rüstow-Plakette verliehen.

Adresse:

*Professor Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty
Eberhard Karls Universität Tübingen,
Abteilung Volkswirtschaftslehre,
Nauklerstraße 47
72074 Tübingen
Deutschland*

Zwischen Aktionismus und Konzeptionslosigkeit

Die deutsche Wirtschaft im Strudel politischer Fehlentscheidungen

Das Gespräch mit dem Tübinger Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Joachim Starbatty führte Adelbert Reif

Im Jahre 2003 ist die deutsche Wirtschaft zum zweiten Mal seit der Wiedervereinigung geschrumpft. Und schon zum dritten Mal verfehlt Deutschland das im Maastricht-Vertrag festgeschriebene Defizitkriterium. Gleichzeitig wachsen die steuerlichen Belastungen sowohl für die Wirtschaft wie für die Privathaushalte. Auch ein Rückgang der Massenarbeitslosigkeit von derzeit zwischen 4,5 und 5 Millionen ist nicht in Sicht. Zu alledem wachsen die Herausforderungen an Politik und Wirtschaft durch die seit 1990 erfolgte Abwanderung von nahezu einer Million Menschen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR in Richtung Westen und die unmittelbar bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union. Im folgenden Gespräch analysiert der Tübinger Wirtschaftswissenschaftler Joachim Starbatty die gegenwärtige Situation.

CONTUREN: Die wirtschaftliche „Schieflage“, in der sich die Bundesrepublik Deutschland bereits am Ende der Ära Kohl befand, hat sich unter der Regierung Schröder noch dramatisch verschärft. Welche Faktoren sind für diese Entwicklung in der Hauptsache verantwortlich?

STARBATTY: Die jetzige, von der Sozialdemokratie und den Grünen geführte Bundesregierung hat die wirtschaftspolitische Situation Deutschlands völlig falsch eingeschätzt. Sie hat die noch von der Regierung Kohl eingeleiteten vorsichtigen Reformen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Sozialleistungen, des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlungen, wieder zurückgenommen. Das alles geschah unter dem Motto „Die soziale Ungerechtigkeit muss ein Ende haben“.

Währenddessen haben die internationalen Organisationen an dieser Politik immer wieder bemängelt, dass vor allem das deutsche Sozialleistungssystem zu dicht geknüpft sei und die Arbeitsmärkte zu rigide kontrolliert würden. Anstatt nun

Wirtschaftliche „Schieflage“

Eingeleitete vorsichtige Reformen wurden wieder zurückgenommen

**Es fehlt der Freiraum
für Innovationen**

das Sozialleistungssystem auf eine höhere Ebene der Eigenverantwortung zu stellen und die Arbeitsmärkte flexibler zu gestalten, beschritt die Bundesregierung genau den umgekehrten Weg: Sie zog das Sozialnetz dichter und verstärkte die Kontrollen auf dem Arbeitsmarkt. Insofern fehlt hier einfach der Freiraum für Innovationen, die es der deutschen Wirtschaft ermöglichen würden, sich auf die neuen Herausforderungen und Anforderungen einzustellen.

CONTUREN: Im Jahre 2003 ist die deutsche Wirtschaft zum zweiten Mal seit der Wiedervereinigung geschrumpft. Sind die Ursachen dafür ausschließlich „hausgemacht“ oder – wie Bundeskanzler Schröder erklärt – zu einem guten Teil auf die Entwicklung der Weltwirtschaft zurückzuführen?

**Starke steuerliche
Belastungen**

STARBATTY: Wenn man die Wachstumsraten international vergleicht, dann zeigt sich, dass Deutschland an der untersten Linie liegt. Die deutsche Konjunkturentwicklung ist einfach zu schwach, u.a. weil der private Konsum aufgrund der starken steuerlichen Belastung nicht richtig greifen kann. Hieran ist nicht die Weltwirtschaft schuld; vielmehr sind die Exportüberschüsse in den letzten beiden Jahren kräftig angestiegen, so dass von der Außenwirtschaft sogar Entlastung kam. Wenn nun die Bundesregierung die derzeitige schlechte Konjunkturlage auf negative Entwicklungen in der Weltwirtschaft zurückzuführen sucht, so handelt es sich schlicht um ein Vertuschen ihres eigenen Versagens. Die gegenwärtige schwache wirtschaftliche Wachstumsentwicklung Deutschlands hängt in erster Linie mit den Fehlentscheidungen der Politik zusammen. Und diese schwache Entwicklung führt schließlich auch dazu, dass die Steuereinnahmen sehr viel geringer ausfallen, als man sich das erwartet hatte.

**Fehlentscheidungen
der Politik**

CONTUREN: Wie keine andere Bundesregierung zuvor, steht die gegenwärtige im Ruch der Verschleierung wesentlicher Fakten und der Wählertäuschung. Unter dem Strich sind die Bürger der Bundesrepublik in hohem Maße verunsichert. Sehen Sie vor diesem Hintergrund eine Gefahr für die Glaubwürdigkeit politischer Maßnahmen?

**Bürger sind bereit,
Opfer zu tragen**

STARBATTY: Es ist sicher richtig, dass die Bürger bereit sind, Opfer zu tragen, wenn sie von der Notwendigkeit dieser Opfer im Interesse einer Besserung der Lage überzeugt sind. Dazu bedarf es jedoch einer Bundesregierung, die führt und einen klaren Kurs vorgibt. Ein solcher klarer Kurs ist bei der jetzigen Bundesregierung jedoch nicht zu erkennen. Der Bundeskanzler vertritt offensichtlich die Auffassung, man müsse nur immer „irgend etwas“ tun, ob es sich um „Elite-Universitäten“, „Agenda 2010“ oder sonst etwas handelt: Er nimmt ein Stichwort, wirft es in die politische Arena, ohne dass dahinter eine Konzeption erkennbar wäre. Dieser Aktionismus dient einzig dazu, die Konzeptionslosigkeit dieser Regierung zu verdecken. Der deutschen Wirtschaft – und damit auch der europäischen Wirtschaft – wäre wirklich geholfen,

wenn Gerhard Schröder endlich ein durchdachtes und längerfristig angelegtes Konzept vorweisen könnte und auf dieser Grundlage einen klaren politischen Kurs fahren würde.

CONTUREN: Nun hat Gerhard Schröder schon vor seiner ersten Wahl zum Kanzler die Senkung der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf 3,5 Millionen zum Kriterium des Erfolges – oder eben des Misserfolges – seiner Politik erhoben. Dieses hochgesteckte Ziel wurde nicht nur nicht erreicht, im Gegenteil, realiter weist die Arbeitslosenquote steigende Tendenz aus. Woran ist die Arbeitsmarktpolitik der Regierung gescheitert?

STARBATTY: Zunächst einmal sind die Arbeitsmärkte nicht frei. Das heißt, sie können die jeweiligen Konstellationen nicht spiegeln. Eben weil dies so ist, gibt es auch keine Erholungstendenzen auf den Märkten. Wenn beispielsweise das soziale Netz über Sozialplanabfindungen, Kündigungsschutz und Ähnliches dergestalt dicht geknüpft ist, dann darf man sich nicht wundern, dass der Arbeitsmarkt nicht anspringt. Deutschland hat sogar bei guter Konjunktur eine drastische Senkung der Arbeitslosigkeit nicht realisieren können. Das hängt damit zusammen, dass bei uns die konjunkturellen Impulse auf dem Arbeitsmarkt sehr viel schwächer durchschlagen, als das bei vergleichbaren Industriestaaten der Fall ist. Dies wiederum ist natürlich mit Wachstumsverlusten verbunden. Wenn die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit in Deutschland wirklich nachhaltig beseitigen will, dann muss sie sich aufraffen, die Arbeitsmärkte wieder zu einer Institution zu gestalten, in der sich Angebot und Nachfrage treffen. Erst dadurch kann sich eine Dynamik entwickeln, die notwendig ist, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

CONTUREN: Halten Sie eine drastische Senkung der Arbeitslosigkeit, etwa auf die ursprünglich von Bundeskanzler Schröder anvisierten 3,5 Millionen überhaupt für möglich?

STARBATTY: Selbst wenn sich über kurz oder lang ein leichter Aufschwung abzeichnen sollte, würden die Unternehmer aufgrund der vielen restriktiven Bedingungen sehr lange zögern, neue Mitarbeiter einzustellen. Hier liegt auch der Grund für die viel diskutierte „Sockelarbeitslosigkeit“, mit der Deutschland zu kämpfen hat. Doch dass sich das ändern ließe, zeigen ja die schon sehr weit gediehenen Überlegungen, dass man über Zuwanderung spezifische Probleme lösen könnte, insbesondere bei den Sozialkassen und der Rentenversicherung. Wenn wir also glauben, über Zuwanderung Probleme lösen zu können, dann bedeutet das, dass genügend Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind. Es zeigt aber auch, dass an unseren Strukturen etwas nicht in Ordnung ist, wenn sich 4,5 bis fünf Millionen Menschen außerhalb eines Arbeitsverhältnisses befinden.

Des weiteren muss man berücksichtigen, dass ein großer Teil dessen, was in Deutschland erarbeitet wird, nicht mehr

**Steigende Tendenz
der Arbeitslosenquote**

**Dicht geknüpftes
soziales Netz**

Wachstumsverluste

**Hohe „Sockel-
arbeitslosigkeit“**

Ca. 15 Prozent des BIP werden außerhalb der offiziellen Märkte erstellt

Immer stärkere Belastung der vorhandenen Arbeitsplätze

Relativ enge Lohnspreizung zwischen ungelerten und gelernten Arbeitskräften

Kurieren am Symptom

über die Bücher läuft, also außerhalb der offiziellen Märkte erstellt wird. Das sind nach Schätzungen etwa 15 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Schlagen wir dies auf die Beschäftigungssituation um, dann würde das bedeuten, dass wir rund 15 Prozent mehr Menschen beschäftigen könnten, wenn diese Leistungen offiziell abgerechnet würden.

CONTUREN: Wenn Sie von „restriktiven Bedingungen“ sprechen, die die deutschen Unternehmer vor Neueinstellungen zurückschrecken lassen, an welche Bedingungen denken Sie dann?

STARBATTY: Wieder muss ich auf das Sozialleistungssystem verweisen, das inzwischen so erdrückend ist, dass es nicht mehr als Hilfe begriffen wird, sondern als Belastung für die gesamte Volkswirtschaft. Unser Sozialleistungssystem wird aus den Arbeitsplätzen finanziert. Je weniger Arbeitsplätze vorhanden sind, desto weniger kann aus diesen Arbeitsplätzen genommen werden. Es muss aber mehr genommen werden, weil diejenigen, die nicht mehr arbeiten, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Das führt wiederum dazu, dass die vorhandenen Arbeitsplätze noch stärker belastet werden. So kann es nicht weitergehen. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht ist es erforderlich, die Arbeitsplätze weniger zu belasten, damit hier mehr Dynamik entsteht.

CONTUREN: Wie wird sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland, Ihrer Einschätzung nach, in nächster Zeit weiterentwickeln?

STARBATTY: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist sehr ungleichmäßig verteilt. Wir haben eine relativ enge Lohnspreizung zwischen ungelerten und gelernten Arbeitskräften. Die Konsequenz davon ist, dass in unserer Lohnskala die ungelerten Arbeitskräfte herausgedrückt werden und weiterhin ein Bedarf an gelernten Arbeitskräften besteht. Insofern ist die Lohnpolitik gefordert, dafür zu sorgen, dass auch diejenigen Arbeit finden, die weniger produktiv sind. Dies wiederum bedeutet, dass unser gesamtes Arbeits- und Sozialrecht neu gestaltet werden muss.

Die Bundesregierung hat bereits erste Schritte in dieser Richtung unternommen, doch dienen sie bedauerlicherweise nicht dazu, die Arbeitslosigkeit als solche zu reduzieren, sondern verfolgen das Ziel, durch Zusammenlegung bestimmter Institutionen die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit zu verkürzen. Das ist zweifellos notwendig, aber kaum mehr als ein Kurieren am Symptom, während das eigentliche Problem darin besteht, dass alle Maßnahmen, die bisher zur Verringerung der Arbeitslosigkeit getroffen wurden, sich als unzureichend erwiesen haben, dieses Problems Herr zu werden.

CONTUREN: Und daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern?

STARBATTY: Der Agenda 2010 müsste nun ein zweiter Schritt folgen, mit dem man energisch daran geht, die Ar-

beitsmärkte zu entflechten, um so wieder Dynamik in die Volkswirtschaft zu bringen. Die derzeit praktizierte Form der Verwaltung von Arbeitslosigkeit wird an diesem Problem jedenfalls nichts ändern.

CONTUREN: Sehen Sie längerfristig die Sicherung des sozialen Friedens in Deutschland gefährdet?

STARBATTY: Wenn der soziale Frieden darin besteht, dass sich der Arbeitslose ruhig verhält, weil man ihm ein mehr oder weniger ausreichendes Einkommen zur Verfügung stellt, dann nenne ich das eine falsche Definition von sozialem Frieden. Sozialer Frieden muss bedeuten, dass man Probleme, Konflikte einvernehmlich angeht und löst. Dabei kann es durchaus Streit geben, dieser Streit muss dann aber produktiv aufgelöst werden. Das heißt, dass die Politik ihren Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen legt und nicht auf die Belastung von Arbeitsplätzen und Ruhigstellung von Arbeitslosen.

Wenn dieser schlichte Gedanke in den Köpfen der Politiker verankert wird, dann besteht Hoffnung, dass der soziale Frieden gesichert wird. Doch verfährt die Politik weiter wie bisher, wird sie den sozialen Frieden zwangsläufig unterminieren. Denn es ist offenkundig, dass die Menschen nicht bereit sind, 80 oder 90 Prozent ihres Einkommens abzuliefern, um Sozialleistungen zu finanzieren, die womöglich auch noch in falsche Kanäle fließen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Erhaltung des sozialen Friedens ist eine Umstrukturierung des Sozialleistungssystems erforderlich.

CONTUREN: Seit der Wiedervereinigung hat nahezu eine Million Menschen Ostdeutschland in Richtung Westen verlassen, vor allem junge und gut ausgebildete Menschen. Unter anderem auch deshalb sprach Jens Reich vor geraumer Zeit von einer Art „Niemandland“ zwischen Osteuropa und dem Westen, zu dem sich Ostdeutschland entwickeln würde. Wie beurteilen Sie die wirtschafts- und sozialpolitischen und letztlich natürlich finanziellen Herausforderungen, vor die Ostdeutschland jede Bundesregierung nach wie vor stellt?

STARBATTY: Es ist ein überraschendes Faktum, dass Menschen aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer wandern, obwohl jedes Jahr um die 50 Milliarden Euro netto in Richtung neue Bundesländer fließen, um dort die Infrastruktur weiter auszubauen und die Ansiedlungschancen zu verbessern. Sehr häufig müssen Unternehmen, wenn sie in den neuen Bundesländern ihre Betriebe etablieren oder sie vergrößern wollen, ihre Facharbeiter mitbringen. Das ist einigermaßen paradox.

Die Bundesregierung muss überlegen, ob es für sie nicht an der Zeit wäre, ihre die neuen Bundesländer betreffende Politik auf eine andere Basis zu stellen. Ihre bisherige Politik führt dazu, dass etwa drei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts jährlich netto in die neuen Bundesländer transferiert

Arbeitsmärkte entflechten

Schaffung statt Belastung von Arbeitsplätzen

Umstrukturierung des Sozialleistungssystems ist erforderlich

Menschen verlassen Ostdeutschland

Paradoxe Situation

Keine Volkswirtschaft kann sich das auf Dauer leisten

werden. Das wird aus den bestehenden, rentablen Arbeitsplätzen genommen; in den neuen Bundesländern entstehen jedoch nicht als Antwort darauf die neuen Arbeitsplätze. Insofern ist der seit 1990 alljährlich stattfindende Transfer nicht investiv, sondern konsumtiv orientiert. Keine Volkswirtschaft, und sei sie noch so reich, kann sich das auf Dauer leisten. Auch hier muss ein Umdenken erfolgen, gerade damit die neuen Bundesländer nicht zu einer Art „Niemandland“ werden. Vielmehr müssen die neuen Bundesländer so gestellt werden, dass sie aus eigener Kraft den Abstand zu den alten Bundesländern aufholen können.

CONTUREN: Sehen Sie bereits Ansätze für ein solches Umdenken?

STARBATTY: Leider nicht.

CONTUREN: Schwere Klagen sind aus der deutschen mittelständischen Wirtschaft zu vernehmen, die den größten Teil der Arbeitsplätze bereitstellt und sich von der Politik „an die Wand gedrückt“ sieht...

STARBATTY: Bei der mittelständischen Wirtschaft fallen die von der Wirtschafts- und Steuerpolitik auferlegten Lasten in voller Schärfe an. Vor allem verfügen die mittelständischen Betriebe nicht über jenen Manövrierspielraum, der den Großunternehmen zur Verfügung steht, beispielsweise was die Steuerplanung anbelangt oder auch die Standortplanung. Im Gegensatz zu den Großunternehmen, die nötigenfalls Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern, um über diesen Kostenmix dann auch den heimischen Standort noch attraktiv zu gestalten, sind die mittelständischen Betriebe dem Druck der Politik völlig ausgesetzt: Sie trifft die volle Wucht des Sozial- und Steuerleistungsdrucks.

Es ist völlig klar, dass viele mittelständische Unternehmen diesem enormen Druck längerfristig nicht standhalten werden. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um in den Reihen der mittelständischen Wirtschaft ein Ansteigen der Insolvenzen und Konkurse zu prognostizieren. Hier liegt ein ganz wesentliches Problem: Gerade die Leistungsträger der deutschen Volkswirtschaft werden in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, die ihnen von der Politik aufgebürdeten Lasten zu tragen.

CONTUREN: Tatsächlich hat sich die Steuerpolitik der Bundesregierung zu einem schwerwiegenden Problem entwickelt. Das steuerpolitische Hin und Her ist sowohl seitens der Wirtschaft wie auch seitens der Öffentlichkeit nicht mehr nachvollziehbar, geschweige denn durchschaubar. Was läuft aus Ihrer Sicht hier falsch?

STARBATTY: Es sind von verschiedenen Seiten durchaus positive Vorschläge zu einer Reform der Steuergesetze gemacht worden. Diese Vorschläge laufen darauf hinaus, unsere Steuersätze radikal zu senken, damit Unternehmer und Pri-

Mittelständische Betriebe trifft die volle Wucht

Ansteigen der Insolvenzen und Konkurse

Positive Vorschläge zu einer Reform der Steuergesetze

vatpersonen mehr Luft haben: Die Unternehmer für mehr Investitionstätigkeit und die Privatpersonen für mehr Spar- und Konsumtätigkeit. Das soll unter anderem über die Bereinigung von steuerlichen Ausnahmebeständen finanziert werden. Darüber sind sich im Grunde alle Seiten im Klaren. Doch wenn es dann darum geht, diese Idee konkret auszuarbeiten, dann kommt es zu Auseinandersetzungen und Divergenzen.

Immerhin sind in Deutschland alle großen Parteien auf dem Weg, dieses Problem zu erkennen und auch willens, es anzupacken. Allerdings fehlt es hier bislang an einem entscheidenden Durchbruch. Die Bundesregierung muss, wenn sie eine wirkliche Steuerreform durchführen will, selbstredend auch den Haushalt neu gestalten, damit diese Steuerreform nicht zu dauerhaften Steuerausfällen führt, die dann die Verschuldung nach oben treiben. So betrachtet, sind Steuerreform und Haushaltsreform zwei Seiten ein und derselben Medaille.

CONTUREN: Schon in der Ära Kohl forderten Sie nachdrücklich eine „Entlastung des Staatskarrens“. Vergeblich. Nun hat die Regierung Schröder versucht, eine solche „Entlastung“ vorzunehmen. Mit welchem Resultat?

STARBATTY: Bestimmte Absichtserklärungen und erste Schritte der Regierung Schröder weisen durchaus in die richtige Richtung. Die Regierung hat erkannt, dass viele ihrer früheren Erklärungen, die sie sowohl im Verlauf der ersten wie der zweiten Legislaturperiode unter ihrer Verantwortung abgegeben hat, die anvisierten Ziele nicht erreichen konnten. Hier ist inzwischen eine Korrektur erfolgt.

Natürlich verstehe ich, dass Gerhard Schröder innerhalb seiner eigenen Partei beträchtliche Schwierigkeiten hat, einen „neuen Kurs“ durchzusetzen. Die Sozialdemokraten sind im Prinzip eine „Umverteilerpartei“ und sehen sich nun vor die Notwendigkeit gestellt, diesem „Dogma“ abzuschwören und dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmer wieder mehr investieren. Das setzt einen Prozess des Umdenkens voraus, der nur äußerst langsam vonstatten geht. Auch müssen die Bürger überzeugt werden, dass Opfer unabdingbar sind. Insofern sehe ich noch einen langen Weg vor uns.

CONTUREN: Was Sie und Ihre Mitstreiter schon vor Jahren befürchtet haben, ist jetzt eingetreten: Die Defizit- respektive Verschuldungsgrenzen, zumindest von Deutschland und Frankreich, sind überschritten worden. Mit welchen Folgen für die jeweils heimische und letztlich für die gesamt-europäische Wirtschaft ist zu rechnen?

STARBATTY: Als wir seinerzeit unsere Klage gegen die aus unserer Sicht verfrühte Einführung des Euro begründeten, wiesen wir darauf hin, dass die Vorkehrungen, die im Maastricht-Vertrag verlangt werden – Sanierung des Haushalts, Reduzierung der Defizite etc. –, nicht getroffen wurden. Man

**Bereinigung von
steuerlichen
Ausnahmebeständen**

**Steuerreform und
Haushaltsreform**

**Erste Schritte in
die richtige Richtung**

**Langsamer Prozess
des Umdenkens**

Sanierung des Haushalts,...

Man ging mit nicht erfüllten Hausaufgaben in die Währungsunion

Deutschland und Frankreich haben den Stabilitätspakt ausgehebelt

Wie können Regeln noch akzeptiert werden?

Die Crux in Deutschland

ging also mit nicht erfüllten Hausaufgaben in diese Währungsunion hinein. Mit Versprechungen, das Verabsäumte nachzuholen, nämlich den Haushalt nach Eintritt in die Währungsunion zu konsolidieren, tat man sich leicht. Doch geschehen ist nichts. Im Gegenteil, was die Sozialleistungssysteme anbelangt oder die Verkrustungen auf den Arbeitsmärkten, sind die Belastungen sogar noch gestiegen. Hier ist eine fälsche und nachlässige Politik betrieben worden mit der Konsequenz, dass Deutschland nun schon zum dritten Mal das Defizitkriterium verfehlt.

Das Defizitkriterium richtet sich am Maastricht-Vertrag aus und soll dafür sorgen, dass in allen zur Währungsunion gehörenden Ländern solide Finanzpolitiken betrieben werden, damit die Währungsunion auf Dauer Bestand hat. Eine solche Aufgabe kann nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die einzelnen Länder ernsten Willens sind, die supranationalen Pflichten zu erfüllen und ihre nationalen Interessen hintan zu stellen. Ende letzten Jahres haben Deutschland und Frankreich diesen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgehebelt. Die Frage, die sich nun stellt, lautet: Wie können Regeln noch akzeptiert und befolgt werden, wenn die wichtigsten Länder sie missachten? Daher befürchten alle maßgeblichen Beobachter, insbesondere die Repräsentanten der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Deutschen Bundesbank, dass nun seitens der Finanzpolitik die Grundlagen wegbrechen, die gewährleisten, dass aus der Währungsunion auf Dauer eine Stabilitätsgemeinschaft erwächst. Nach dem negativen Vorbild von Deutschland und Frankreich liegt die große Gefahr jetzt darin, dass die einzelnen Länder keine Veranlassung mehr sehen, ihre Haushalte unter Kontrolle zu halten. Und dieser Umstand könnte zu einer Geldpolitik führen, die langfristig auch Arbeitsplätze kostet, wenn die EZB an ihrem stabilitätspolitischen Auftrag festhält.

CONTUREN: Sehen Sie mittelfristig überhaupt Chancen, dass die deutsche Wirtschaft wieder zu einem Motor für die europäische Wirtschaft werden könnte?

STARBATTY: Es ist offenkundig, dass gerade Deutschland als wichtigster Handelspartner entscheidende Anstöße für die Wirtschaften innerhalb der EU gibt. Bleiben diese Anstöße aus, fehlen auch dort Wachstumsimpulse. Die Crux in Deutschland liegt darin, dass aus der Arbeitsleistung zuviel an Mitteln herausgenommen wird und zuwenig zurückfließt. Wenn ein Unternehmer aus seinem Betrieb immer nur Mittel entnimmt und ihn nicht modernisiert, dann wird dieser Betrieb eines Tages nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Genauso verhält es sich mit unserer Volkswirtschaft. Wir entnehmen ständig Mittel aus den produktiven Arbeitsplätzen für alle möglichen Formen der Umverteilung bis in den internationalen Bereich. Das muss ein Ende haben. Jede soziale Maßnahme muss finanziert werden und je weniger produktive Ar-

beitsplätze es gibt, desto bedrohlicher ist unser Sozialleistungssystem.

CONTUREN: Gesetzt den Fall, der wirtschaftliche Abwärtstrend, in dem sich die Bundesrepublik zur Zeit befindet, hält weiter an: Was wären die Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft?

STARBATTY: Deutschland war bisher Zahlmeister und ist immer noch Zahlmeister der EU. Dieser Rolle in der gewohnten Weise nachzukommen, dürfte für die Bundesrepublik immer schwieriger werden, zumal die Anforderungen wachsen. Das führt zu fundamentalen Problemen, die nicht gelöst werden können, weil die EU sich gewissermaßen in eine Sackgasse manövriert hat. Wiederum ist ein Nachdenken darüber dringend geboten, ob man die Politik wirklich so wie bisher weiterzuführen gedenkt. Wenn ich mir zum Beispiel die Ausgaben des europäischen Haushalts anschau, dann handelt es sich dabei zu rund 80 Prozent um Umverteilungsmaßnahmen im Bereich der Agrar- und Regionalpolitik. Hier muss man ansetzen. Wenn es der EU tatsächlich darum zu tun ist, eine Wachstumsunion zu werden und an der Spitze des Fortschritts, auch auf dem Sektor der Bildung, zu stehen, dann muss hier eine generelle Änderung im Denken und im Handeln stattfinden. Aber ich sehe zu wenig Dynamik in dieser Richtung.

CONTUREN: Eine zusätzliche Herausforderung, freilich nicht allein für Deutschland, ergibt sich aus dem unmittelbar bevorstehenden Beitritt einer Reihe ostmitteleuropäischer Länder zur EU. In welchen Bereichen könnten hier Schwierigkeiten auftreten?

STARBATTY: Die Schwierigkeiten bestehen darin, dass die Umverteilungsbelastungen jetzt noch einmal steigen werden, so dass immer wieder Streit programmiert ist. Ein nächster Punkt ist, dass die konstitutionelle Basis in der Europäischen Gemeinschaft auf eine kleinere Zahl von Ländern angelegt ist. Da müssen neue institutionelle Vorkehrungen getroffen werden. Denn aufgrund der erweiterten Zahl der Mitgliedsländer der EU kann man die Politik und den Verhandlungsstil in den Ministerräten nicht so fortführen wie bisher. Entsprechende Vorschläge sind vom EU-Konvent auch schon gemacht worden. Doch zeigen sie deutlich, dass nunmehr nationale Interessen betroffen sind, etwa was die Zahl der Kommissare oder die Stimmgewichtung im Ministerrat anbelangt. Eben weil einzelne Länder keine Kompetenzen abgeben wollen aus Besorgnis darüber, dann nicht mehr ihre nationalen Interessen mit genügendem Nachdruck durchsetzen zu können, wird es zu Differenzen und Streitereien kommen. Von welcher Seite man es auch immer betrachten mag: Die sogenannte Osterweiterung stellt die Europäische Union vor gewaltige Herausforderungen.

„Zahlmeister“ Deutschland

Ausgaben des europäischen Haushalts

Umverteilungsbelastungen steigen

EU-Osterweiterung: eine gewaltige Herausforderung